

Zurück zur Vernunft!

Denkfabrik Das Urteil des Verfassungsgerichts ist eine Chance für einen durchgreifenden Politikwechsel. Die Ampel sollte sie nutzen

TEXT — Andreas Freytag

Der Politikwissenschaftler Karl Deutsch hat den Begriff des *pathologischen Lernens* geprägt. Damit ist eine Situation gemeint, in der eine Gesellschaft Reformen erst dann durchführt, wenn die Lage nicht schlechter sein könnte. Vorher ist die Regierung wegen politischen Widerstands unfähig oder wegen ideologischer Verbohrtheit unwillig, Reformen vorzunehmen.

Auf die deutsche Wirtschaftspolitik angewendet, besteht dieser Reformstau im Grunde seit der Agenda 2010. Er betrifft Bürokratisierung, mangelnde Digitalisierung, die intransparente Steuerpolitik, eine anreizinkompatible Sozialpolitik, eine nicht nachhaltige Rentenpolitik im Zusammenhang mit einem drängenden Fachkräftemangel, fehlende staatliche Investitionen und eine teure, weil ineffiziente und ineffektive Klimapolitik. Die Ampelkoalition hat diese Probleme weitgehend geerbt (und sowohl verstärkt als auch gemildert) und muss sie nun in einer Phase der geopolitischen Dauerkrisen und benötigten Transformation in vielen Feldern lösen.

Dazu war sie bislang nicht fähig – aus mehreren Gründen: Die Sozialdemokraten werden ihre Skepsis den Unternehmen gegenüber nicht los und müssen aggressive Gewerkschaften bedienen. Den Grünen, deren Spitze immer weniger glaubt, Klimaschutz mache man am besten mit Command-and-Control-Politik, sitzen die kapitalismuskritische Basis und fundamentalistische Klimaaktivisten wie die Deutsche Umwelthilfe im Nacken. Und die Freien Demokraten fühlen sich etlichen Lobbygruppen verpflichtet, weshalb sie ihr favorisiertes Modell des Klimaschutzes – die Marktlösung – nur halbherzig vertreten. Gleichzeitig können sie die Schuldenbremse nicht opfern, ohne politischen Selbstmord zu begehen.

Den Koalitionspartnern bietet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November zur Verschiebung von Kreditermächtigungen die Chance, sich endlich ihres ideologischen Ballasts und des Einflusses der Lobbygruppen zu entledigen. Die scheinbare Notlage wegen fehlender Finanzen für weitere milliardenschwere Subventionen und sozialpolitisch motivierte Geschenke kann sich als Treiber von Reformen entpuppen, für die die Koalition nicht selbst die Verantwortung übernehmen muss, sondern für die sie das Verfassungsgericht als Schuldigen benennen kann.

„Die scheinbare Notlage wegen fehlender Finanzen kann sich als Treiber von Reformen entpuppen. Wir müssen den Pfad des pathologischen Lernens verlassen“



ANDREAS FREYTAG,
61,

—
ist Professor für
Wirtschaftspolitik an
der Friedrich-Schil-
ler-Universität Jena

Wenn man Klimapolitik nicht mit immer größeren Subventionen betreiben kann, muss man zur Marktlösung und damit zum wirksamen Klimaschutz umschwenken. Wirkliche Knappheitspreise für CO₂-Emissionen generieren Einnahmen, die für Investitionen und das Klimageld genutzt werden können. Wenn man kein Geld für Rentengeschenke hat, muss man den Leuten endlich reinen Wein einschenken und das Renteneintrittsalter flexibilisieren. Wenn die Unternehmen nicht mit Subventionen im Land gehalten werden können, kann man endlich eine wirkliche Steuerreform angehen, die zwar kurzfristig Steuermindereinnahmen erzeugt, aber langfristig zu mehr Wachstum und steigenden Steuereinnahmen führen kann. Wenn lange Verwaltungsprozesse Unternehmen vertreiben und die Regierung ihnen den Verbleib nicht länger mit Subventionen schmackhaft machen kann, muss endlich die Verwaltung beschleunigt werden. Kurz gesagt: Das Urteil bietet die Möglichkeit zu Fokussierung und Vernunft!

In der Vergangenheit hat es zahlreiche Beispiele für derart erzwungene Reformen gegeben – man denke nur an Großbritannien in den späten 1970er-Jahren sowie Australien und Neuseeland in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre. In Australien und Neuseeland waren es linke Regierungen, die nach jahrelangen Strukturproblemen angebotspolitische und stärker marktwirtschaftlich orientierte Reformen durchführten. Es wäre insofern keine Neuigkeit, wenn eine SPD-geführte Regierung bei uns so handelte – und immerhin haben Sozialdemokraten und Grüne erstaunlich robust auf den russischen Angriff in der Ukraine reagiert, und sie schicken sich an, ähnlich robust in der Migrationspolitik aufzutreten. Da ist es nur ein kleiner Schritt zu einer rationalen Wirtschaftspolitik. Für die FDP erscheint es ohnehin überlebenswichtig, endlich liberales Profil zu zeigen.

Leider haben die Koalitionäre diese Chance bisher nicht begriffen: Stattdessen herrscht seit dem Urteil im politischen Berlin große Aufregung. Geplante Klimaschutzausgaben seien nun nicht mehr möglich, die Koalition hätte ihre Existenzgrundlage verloren. Dies ist die falsche Sicht. Denn sie erlaubt keinen Perspektivwechsel, der dringend geboten ist, sondern lässt das Land auf dem Pfad des pathologischen Lernens verharren. Deshalb kann man die Ampel nur dazu aufrufen, Mut zu zeigen, Prioritäten zu setzen und die richtigen Schlüsse aus dem Urteil zu ziehen. ■